

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 49.

Charlottenburg, Freitag, den 6. Dezember 1918.

Jahrg. 45.

Keine unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen mehr in den Porzellan- und Steingutfabriken

das muß der Leitstern für unsere Tätigkeit in den nächsten Tagen und Wochen sein.

Die Hindernisse, die uns für eine unbeschränkte Agitation bisher noch im Wege standen, sind beseitigt. Kein Arbeiter, keine Arbeiterin könnte nunmehr auch nur noch mit einem Schein von Recht geltend machen, daß sie aus irgendeinem Grunde unserm Verbands nicht angehören können. Gründe solcher Art, die von den Drückebergern früher so gern ins Feld geführt wurden, konnten schon immer als nichts anderes betrachtet werden, als sie in Wirklichkeit waren, als faule Ausflüchte, als Deckmantel für ein schäbiges, unkollegiales Verhalten. In der Zukunft muß es gänzlich ausgeschlossen bleiben, daß Arbeiter in der feinkeramischen Industrie die Früchte der Organisationsarbeit für eine Verbesserung der beruflichen Verhältnisse mit ernten, ohne selbst etwas dazu beigetragen zu haben.

Wer das nicht einsehen will, dem muß es begreiflich gemacht werden.

Für Unorganisierte darf es in den Betrieben unserer Industrie keinen Raum mehr geben.

Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin hat die unbedingte Verpflichtung, seiner Berufsorganisation anzugehören, die seine beruflichen Verhältnisse in jeder Beziehung zu regeln hat.

Jeder einzelne hat die unweibare Pflicht, dafür tätig zu sein, daß auch der letzte Mann, die letzte Frau, die heute noch als unorganisiert sich in den Betrieben befinden, unserm Verbands angehört wird.

Es sind noch schwere Aufgaben in der kommenden Zeit zu lösen, wozu die Mithilfe aller die erste Voraussetzung ist. Die Durchsetzung der vom Vorstand aufgestellten und in voriger Nummer der „Ameise“ bekanntgegebenen Forderungen allein wird schon zeigen, daß die größte Einheitlichkeit und Geschlossenheit im Handeln bitter notwendig ist.

Die erste Voraussetzung für eine erfolgreiche Interessenvertretung ist aber eine geschlossene Organisation.

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, zeigt, daß Ihr den vollen Ernst unserer Tage begriffen habt. Arbeitet für den Verband. Werbt unablässig Mitglieder für den Verband, damit es auch bei uns vorwärts gehen kann.

Die deutschen Gewerkschaften zur Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft.

Die Vertreter der Vorstände der Gewerkschaften nahmen am 14. November in einer im Gewerkschaftshause zu Berlin tagenden Konferenz zu der neuen Gestaltung im Reich und den sich daraus ergebenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Notwendigkeiten Stellung. Regien leitete die Verhandlung mit einer kurzen Darstellung der Ereignisse der letzten Woche ein und begrüßt die Umwälzung als eine der größten der ganzen Weltgeschichte. Die Gewerkschaften haben von einem unmittelbaren Anteil an der Umwälzung auf Wunsch der Parteileitung Abstand genommen. Von der Mitarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete werden sie indes nicht ferngehalten werden können, da die gewaltigen Probleme, die rasch gelöst werden müssen, ihre sachverständige Mitwirkung erfordern. Der Redner berichtete dann über den weiteren Verlauf der von der vorhergehenden Vorstandskonferenz gebilligten Schritte zur Verständigung mit den Arbeitgeberverbänden über eine gemeinsame Durchführung der Uebergangswirtschaft. Die Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitgeberverbände, vor allem die Schwer-

industrie, führten zu einer gemeinsamen Eingabe an den Reichskanzler mit der Forderung der Errichtung eines besonderen Reichsamts für die Uebergangswirtschaft mit zwei Staatssekretären. Die Eingabe wurde durch eine Verhandlung beim Reichskanzler unterstützt. Es gelang, nach dringenden Vorstellungen, die alte Regierung zur Annahme dieser Forderungen zu veranlassen. Als Staatssekretär für die neue Demobilmachungsbehörde wurde der seitherige Leiter der Kriegsrrohstoffabteilung, Dr. Koeth, und der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts, Dr. Widfeld, in Aussicht genommen. Auch die Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitgeberverbände über die Grundsätze des Zusammenwirkens während der Uebergangswirtschaft kamen zum erfolgreichen Abschluß, da von beiden Seiten Wert darauf gelegt wurde, das Wirtschaftsleben durch das Zusammenwirken der in Betracht kommenden Wirtschaftsverbände aufrechtzuerhalten und in normalen Gang zu bringen. Insbesondere waren sich die Vertreter der Arbeiterschaft dabei bewußt, daß unter einer Zerrüttung der Wirtschaft die Arbeiter am allermeisten leiden müßten. Die Vereinbarung zwischen den großen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften der Arbeitnehmer, deren Wortlaut unter „Bekanntmachungen des Zentralvorstandes“ in der vorliegenden Nummer abgedruckt ist, soll zunächst der Volkregierung zur Anerkennung unterbreitet werden, und es ist zu hoffen, daß es dann gelingt, aller Schwierigkeiten der Demobil-

machung und der Uebergangswirtschaft Herr zu werden. Was in dieser Vereinbarung erreicht ist, erfüllt alle seitherigen gewerkschaftlichen Forderungen und wird die Arbeiterschaft vollauf befriedigen.

Im Anschluß daran berichtete der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes, daß er und der Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins mit den Arbeitgeberverbänden in der Landwirtschaft Verhandlungen eingeleitet habe, um landwirtschaftliche Arbeitsordnungen durchzuführen. Auch sind Schritte bei der neuen Regierung getan, um die neu errichteten Bauernräte in Bayern- und Landarbeiterräte umzugestalten.

Auf Anfrage Baeplows teilte Regien mit, daß bis jetzt die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, die die meisten Verbände der Schwerindustrie umfaßt, sowie eine Reihe großindustrieller Arbeitgeberverbände sich der Vereinbarung angeschlossen haben. Es sei aber zu erwarten, daß alle Arbeitgeberverbände für den Anschluß gewonnen werden. Neben der Vereinbarung sind Verhandlungen über eine Arbeitsgemeinschaft im Gange, in der die Organisation des Zusammenwirkens und die Durchführung der hier vereinbarten Grundsätze festgelegt werden sollen. Es wird festgestellt, daß insbesondere die Befugnisse des Zentralausschusses hier nur im allgemeinen Rahmen dargelegt sind und ihre eingehende Regelung in den Satzungen der Arbeitsgemeinschaft finden werden.

Inzwischen berichtete Leipart über seine Verhandlungen mit dem Leiter des neuen Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisation, Oberstleutnant Roethe: Die Zurückführung der Truppen aus dem Westen hat bereits begonnen, wenn auch unter größten Schwierigkeiten, die ihr seitens undisziplinierter Mannschaften bereitet werden. Die Gewerkschaften sollen die Lebensmittelversorgung der zurückkehrenden Truppen, besonders an den großen Umschlagplätzen, durch geeignete Organisation von Feldküchen und Stellung von Auskunftspersonen unterstützen. Die Zentralbehörden der einzelnen Landesteile haben sich von den Gemeindeverwaltungen täglich über den Zu- und Abfluß von Menschen unterrichten zu lassen, damit der Bedarf an Lebensmitteln und Unterkunftsräumen festgestellt und gedeckt werden kann. Beim Heimatheer sind bereits alle für die Wirtschaft notwendigen Arbeitskräfte zur Entlassung gekommen. Dieselbe Maßregel soll auf das Feldheer ausgedehnt werden. Die Entwaffnung irregulärer Truppenteile soll möglichst rasch durchgeführt werden. Für die wirtschaftliche Demobilisation sollen in allen Gewerben paritätische Sachausschüsse eingesetzt werden, weil auf die sachverständige Mitarbeit der Arbeitgeber und Arbeitervertreter großer Wert gelegt wird. Es sei zweckmäßig, diese Sachausschüsse mit den Arbeitsgemeinschaften in Verbindung zu bringen. Die vom Kriegsamt auf Grund des Belagerungszustandes erlassenen Verordnungen betreffs Arbeitsvermittlung sollen vom neuen Reichsamt für Uebergangswirtschaft aufgenommen und durchgeführt werden. Arbeiterentlassungen dürfen unter keinen Umständen stattfinden. Das Reichsamt soll durch Zuziehung von Arbeitervertretern einen sachverständigen Beirat erhalten. Regien ergänzte diesen Bericht dahin, daß der Flucht der linksrheinischen Bevölkerung vor der vorübergehenden feindlichen Besetzung ihres Gebietes nach Möglichkeit unter Mithilfe der Gewerkschaftskartelle entgegenzuwirken soll. Auf die sachkundige Mitarbeit von Arbeitgeberverbänden im Reichsamt für Uebergangswirtschaft könne man im Interesse der glatten Durchführung aller Aufgaben nicht verzichten. Es wurde dann noch mitgeteilt, daß eine populäre Aufklärungsschrift über die wirtschaftliche Demobilisation in Ausarbeitung begriffen sei, und daß die Wirtschaftsverbände sich durch Aufrufe an ihre Interessentenkreise zur Unterstützung der notwendigen Maßnahmen wenden möchten.

In der Aussprache über diese Darlegungen wurde gewünscht, daß die Arbeitgeber schleunigst über die Weiterführung der übernommenen Aufträge in Kenntnis gesetzt und ihnen die Bezahlung dafür gesichert werde. Darauf wurde erwidert, daß Heeresaufträge nur insoweit weiter ausgeführt werden sollten, soweit die Arbeiter nicht mit anderen Arbeiten beschäftigt werden können.

Nachmittags-sitzung.

Regien teilte mit, daß weitere Arbeitgeberverbände sich den Vereinbarungen angeschlossen haben.

Der Bund der Beamten der preussisch-hessischen Eisenbahnen beantragt den Anschluß an die Zentral-Kommission. Es sei aber zweckmäßig, den Beamten zu empfehlen, zunächst einen Kartellvertrag mit dem Eisenbahnerverband und den anderen Eisenbahnarbeiterverbänden abzuschließen, um eine einheitliche Vertretung der Arbeitnehmerschaft der Eisenbahnen zu ermöglichen.

Brunner berichtete über die bisherigen Bestrebungen, einen solchen Kartellvertrag zu schaffen. Er empfiehlt, in der gegenwärtigen Situation von dem Anschluß abzusehen, bis diese Verhandlungen zu Ende geführt sind.

Die Konferenz schloß sich dem an.

Leipart gab auf Anfrage Auskunft über die Durchführung des Vertrages mit den Arbeitgebern. Der Achtstundentag tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in ganz Deutschland in Kraft. Wenn einzelne Arbeitgeberorganisationen dem Vertrage nicht beitreten sollten, ist es Sache der betreffenden Gewerkschaft, sie sofort dazu zu zwingen.

Hedmann und Brunner wiesen auf die Schwierigkeiten bei der Durchführung der Vertragsbestimmungen in Gemeinde- und Staatsbetrieben hin, wo die Revolutionsregierung den Streik untersagte. Hier sei eine Erklärung der Regierung notwendig, die diesen Betrieben einen moralischen Zwang zur Durchführung des Vertrages auferlegt.

Leipart erkennt diese Schwierigkeiten an, die vor allem darin begründet sind, daß zum Beispiel für die Durchführung des Achtstundentages die technischen Möglichkeiten während der Demobilisation noch nicht gegeben sind. Sobald aber diese Periode überwunden ist, müssen auch hier die Bestimmungen durchgeführt werden. Die Möglichkeit für notwendige Ausnahmen ist im Vertrag bereits vorgesehen. Um einen internationalen Ausgleich in der Frage der Arbeitszeit herbeizuführen, ist eine gemeinsame Eingabe der Arbeitgeber- und Arbeiterverbände an die Regierung in Aussicht genommen, beim Friedensvertrage auf die internationale Durchführung des Achtstundentages zu dringen. Die Schlichtungsausschüsse seien zweckmäßig; aber es bestehe durchaus nicht die Absicht, sie als Zwischenglied zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften einzuschleiben. Vielmehr sollen die Ausschüsse nur eine erste Betriebsinstanz zur Schlichtung von Streitigkeiten bilden. Maßgebend bleiben die Entscheidungen der Organisationen der Unternehmer und Arbeiter.

Bauer wies die Behauptung zurück, daß den Gemeinde- und Staatsarbeitern das Streikrecht genommen sei. Richtig sei im Gegenteil, daß diese Arbeiter erst jetzt das volle Koalitions- und Streikrecht erhalten haben. Die Regierung appelliert lediglich an die Vernunft der Arbeiter, jetzt nicht zu streiken, weil durch Streiks der wirtschaftliche Zusammenbruch herbeigeführt würde, was verhütet werden muß.

Regien wies gegenüber einigen in der Debatte geäußerten Wünschen darauf hin, daß neben diesem Vertrage auch die Frage einer Arbeitsgemeinschaft laufe, durch die weitere Bestimmungen über die Durchführung des Vertrages getroffen werden sollen. Man solle deshalb die Unterzeichnung des Vertrages durch nebensächliche Anträge nicht verzögern.

Leipart schloß sich in sachlicher Hinsicht diesem Standpunkte an. Der Vereinbarung wurde daraufhin einmütig zugestimmt.

Ueber die Stellung der Gewerkschaften in der Revolution wurde allgemein die Notwendigkeit betont, daß sich die Gewerkschaftsfunktionäre überall den Arbeiter- und Soldatenräten zur Verfügung stellen, um die gewaltigen Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiete zu lösen. Die Sachkenntnis und Fähigkeiten gewerkschaftlich geschulter Kräfte werde den Arbeiter- und Soldatenräten gleichfalls willkommen sein. Auch müssen die Ortsverwaltungen der Gewerkschaften sich mehr an den Arbeiten der revolutionären Einrichtungen des Volkes beteiligen. Einmütigkeit bestand auch über die Notwendigkeit einer schleunigen Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung; bei den Wahlen der Abgeordneten zu dieser Versammlung dürfen die Gewerkschaften ebenfalls nicht untätig bleiben.

Von mehreren Rednern wurde der Erlaß einer Rundgebung an alle Gewerkschaftsmitglieder verlangt, in der die politische Umwälzung begrüßt, aber zugleich die Forderung erhoben wird, daß die Gewerkschaften von der praktischen Mitarbeit beim Aufbau des neuen Deutschland nicht ausgeschaltet werden. In diesem Aufruf gegen die harten Stillstandsbedingungen soll protestiert und an die internationale Solidarität der Arbeiterschaft appelliert werden. Auch sei unbedingt die baldige Einberufung der deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu empfehlen. Es wurde weiterhin empfohlen, den Soldaten Vorträge zu halten, wobei sie über die Grundsätze der Sozialdemokratie und über die Aufgaben der Gewerkschaften aufzuklären sind.

Regien erklärte sich mit einer Rundgebung in vorgeschlagenem Sinne einverstanden. Schon vor Abschluß des Waffenstillstandes sei ein Flugblatt an die englische Arbeiterschaft verbreitet worden, mit der Aufforderung, fest zu bestehen auf einem Rechtsfrieden, der dem Blutvergießen so schnell als möglich ein Ende macht. Zur Ausarbeitung der Rundgebung möge eine Kommission von fünf Mann eingesetzt werden. Der Ausschuß wurde aus den Genossen Blum, Kube, Schilde, Thomas und Umbreit zusammengesetzt. Ein Entwurf Leiparts wurde ihr überwiesen.

Sodann teilte Regien mit, daß die Vereinbarungen mit den Arbeitgeberverbänden von den Leitern der neuen Volksregierung unterzeichnet worden seien.

Weiter berichtete Legien, daß bereits Schritte zur Einberufung einer Internationalen Gewerkschaftskonferenz getan seien, die zu gleicher Zeit und am gleichen Orte der Friedensverhandlungen vorgehen sei. Als Tagesordnung ist vorgeschlagen:

1. Neues Statut des Internationalen Gewerkschaftsbundes.
2. Sitzverlegung des Internationalen Sekretariats.
3. Die Friedensforderungen der Gewerkschaften (Leeds- und Berner Programm).
4. Wahl einer Kommission von Gewerkschaftsvertretern zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen.

Die Konferenz stimmte der Einberufung einer Internationalen Gewerkschaftskonferenz zu und war auch mit der vorgeschlagenen Tagesordnung einverstanden. Die deutsche Delegation wird auf 10 Vertreter bestimmt, wofür die Gruppierung bei der Delegation zur Berner Konferenz 1917 beibehalten wird.

Der Vorsitzende der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Sorge, machte die Mitteilung, daß er die Vereinbarung mit den Gewerkschaften namens seiner Gruppe unterzeichnet habe.

Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen fand die Konferenz ihren Abschluß.

Zur Sicherung der Ubergangswirtschaft.

In wenigen Tagen hat sich in Deutschland eine völlige Umgestaltung aller politischen Machtverhältnisse vollzogen. Das monarchische Deutschland, der Militär- und Beamtenstaat, ist zu Grabe getragen. Das Volk ist im Begriff, sich eine Staatsordnung zu schaffen, die in der republikanischen Verfassung auf demokratischer Grundlage beruht. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aller über 20 Jahre alten Staatsbürger beider Geschlechter wird eine Volksvertretung schaffen, die in Kürze alle notwendigen Neuschöpfungen der Grundrechte des Volkes herbeiführt. Schwieriger wird sich die wirtschaftliche Neuschöpfung gestalten, weil die Produktionskräfte des deutschen Volkes durch den Krieg aufs schwerste erschüttert worden sind. So erwünscht uns allen auch eine rasche und konsequente Bergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel als Verwirklichung des von der Arbeiterklasse so heiß ersehnten Sozialismus sein muß und so gern wir alle ernsthaften Schritte nach dieser Richtung hin unterstützen möchten, so gebietet uns doch die Rücksicht auf die materielle Existenz der Bevölkerung, zunächst einmal an das Vorhandene anzuknüpfen und mit den gegebenen Produktionsverhältnissen einen möglichst raschen und ungestörten Wiederaufbau des Wirtschaftslebens anzustreben. Es wäre für die Erhaltung der Massen des Volkes geradezu verhängnisvoll, wollte man jetzt die Zeit mit sozialistischen Experimenten verlieren, während die Bevölkerung nach Brot und Arbeit ruft, die in diesem Augenblick wahre Freiheit bedeuten!

Alle sozialistischen Denker und alle sozialistischen Führer stimmen darin überein, daß die Sozialisierung der Gesellschaft ein Umwandlungsprozeß ist, der sich nicht von heute auf morgen vollzieht und durch gewaltsame Eingriffe von außen her beschleunigen läßt, sondern das Produkt innerer wirtschaftlicher Umgestaltungen ist. An solchen wirtschaftlichen Umgestaltungen fehlt es zwar im Verlaufe der Kriegsjahre nicht und auch die politische Revolution wird von tiefgehendem wirtschaftlichem Einflusse sein, aber aus alledem ergibt sich noch lange nicht jene einheitliche kapitalistische Regie der Produktion auf allen Gebieten, die der Bergesellschaftung vorauszuweisen hat. Dazu kommt, daß eine vollständige Umwälzung der Wirtschaftsordnung, die in normalen Zeiten vielleicht mit nur teilweisen und geringeren Erschütterungen verknüpft wäre, unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu gänzlicher Lahmlegung der gesamten Produktion führen müßte, da uns zurzeit sehr viele Kräfte fehlen würden, um Produktion und Absatz rasch wieder in Gang zu bringen. Was eine längere und umfangreiche Produktionsstörung jetzt nach dem Abschluß des Krieges bedeuten würde, darüber muß sich vor allem die Arbeiterschaft klar sein. Sie bedeutet Mangel an Kohlen und Lebensmitteln, an Kleidung und Schuhwerk und an allem sonstigen notwendigen Bedarf. Sie bedeutet unter der Rückwirkung der drückenden Waffenstillstandsbedingungen den gänzlichen Zusammenbruch des deutschen Volkes, nicht nur auf Monate, sondern auf Jahre hinaus. Sie bedeutet die Erschwerung des gesunden wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufstieges aus dem Abgrund der Verelendung. Das kann niemand wollen, der es ernst mit dem deutschen Volke und mit der Ueberwindung der schrecklichen Leiden des Weltkrieges meint.

Der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens kann auch nicht das Werk einer einzelnen Klasse sein. Alle Volksträfte in Stadt und

Land müssen zusammenwirken, um diesen Zweck möglichst bald zu erreichen. Alle Wirtschaftsverbände müssen mitarbeiten, um die Volkswirtschaft auf den Friedensstand einzustellen. Alle müssen ein Teil der Verantwortung dafür übernehmen, daß der Arbeiter und der Angestellte an seinen Platz, zu Arbeit und lohnendem Verdienst gelangt, daß Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend möglichst vermieden werden. An dieser elementarsten aller Pflichten hat auch die große politische Ummwälzung der letzten Tage nichts geändert, so gewaltig sonst ihre Wirkungen sind. Denn auch in der Republik will die Bevölkerung leben und das gebietet, alles zum Leben Notwendige ohne Störung zu erzeugen.

Von dieser Verantwortung durchdrungen, haben die gesamten Wirtschaftsverbände des deutschen Volkes, ungeachtet ihrer bestehenden Gegensätze, sich zu einem einheitlichen Zusammenwirken für die Durchführung der Ubergangswirtschaft verständigt. Sie haben erkannt, daß gegenwärtige Interessen und Kämpfe das große Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaues nicht hindern dürfen und Mittel und Wege gefunden, um Differenzen zu schlichten, die in solch schwerer Zeit dem Gemeinwohl schaden könnten. Wie bei Kriegsbeginn in zahlreichen Gewerben Arbeitsgemeinschaften zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung und der Kriegsbeschädigtenfürsorge entstanden, so wollen die Gewerkschaften aller Richtungen, die Angestelltenverbände und die großen Arbeitgeberzentralen eine Arbeitsgemeinschaft für die Ubergangswirtschaft bilden, die auf der Anerkennung folgender Grundsätze aufgebaut ist:

Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände werden von den Arbeitgebern anerkannt. Die Arbeitgeber verpflichten sich, die Gelben oder Wirtschaftsfriedlichen Vereine sich selbst zu überlassen und sie weder durch Geldmittel noch auf andere Weise ferner zu unterstützen. Die Arbeitsbedingungen werden durch kollektive Vereinbarungen geregelt. In allen Gewerben werden paritätische Schlichtungsausschüsse und Einigungsämter eingesetzt. In allen Betrieben mit mindestens 50 Arbeitern bzw. Angestellten werden Arbeiter- und Angestelltenausschüsse gewählt, die sich mit den Arbeitgebern über alle Fragen des Betriebes verständigen. Alle Arbeiter und Angestellten sollen in den vor dem Kriege innegehabten Arbeitsplätzen wieder eingestellt und beschäftigt werden. Die Arbeitszeit soll auf acht Stunden herabgesetzt werden. Ueber die Lohnfragen soll eine Verständigung stattfinden. Der Arbeitsnachweis soll in allen Gewerben paritätisch organisiert und geleitet werden. Ein paritätischer Zentralausschuß der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände soll in Gemeinschaft mit dem Staatssekretär für Ubergangswirtschaft alle Fragen der Rohstoff- und Arbeitsbeschaffung, Betriebsumstellung und Beschäftigung regeln. Er wird Sorge für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmerschaft, insbesondere der Schwerekriegsbeschädigten, treffen.

Dieses Abkommen gewährleistet dem deutschen Volke nicht nur eine sichere Durchführung der Ubergangswirtschaft, sondern sichert der Arbeiterschaft auch die Anerkennung der Organisation und einen weitgehenden Einfluß auf die inneren Betriebsverhältnisse. Der konstitutionelle Betrieb ist damit zur Tatsache geworden, sobald die Arbeiterschaft sich zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zusammenschließt und sich die geeigneten Organe in den Betriebsausschüssen schafft.

Die Vorteile eines solchen Abkommens für die Ubergangswirtschaft wie auch für die Interessen der Arbeiter und Angestellten liegen so klar auf der Hand, daß jeder einsichtsvolle und seiner Verantwortung bewusste Staatsbürger dessen Zustandekommen nur billigen kann. Aber dieses Zusammenwirken zur Sicherung der Ubergangswirtschaft hängt nicht allein von den beteiligten Wirtschaftsverbänden, sondern auch von der volkswirtschaftlichen Einsicht derjenigen Faktoren ab, die gegenwärtig den meistbestimmenden Einfluß im Reiche haben, von den Arbeiter- und Soldatenräten. Obwohl wir voraussetzen, daß ein großer Teil der Mitglieder derselben durch die gewerkschaftliche Schule gegangen und imstande ist, die für die gegenwärtige Zeit richtige Entscheidung zu treffen, so dürfen die Gewerkschaftskreise allerorts doch nicht verjäumen, mit diesen Vertretungen des Volkes Fühlung zu nehmen und sie über die große Bedeutung der Wirtschaftsverbände für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft zu unterrichten. Vor allem müssen die örtlichen Gewerkschaftskartelle sich zur Arbeit zur Verfügung stellen und mit den Arbeiter- und Soldatenräten dahin wirken, daß die Ubergangswirtschaft sich so vollzieht, daß Elend, Not und Hunger von der Masse der Bevölkerung ferngehalten wird. Es handelt sich nicht um einen Ausgleich der Interessen von Unternehmern und Arbeitern, es handelt sich um das ganze Volk in der schwersten Stunde seines Daseins. Wer da mit seiner Entscheidung zögern kann, der hat das Gebot der Stunde nicht begriffen.

(„Korrespondenzblatt.“)

Aus unserm Berufe.

Waldenburg. Die Verhandlungen über die Forderungen der organisierten Porzellanarbeiterschaft des Kreises Waldenburg, über die wir in letzter Nummer der „Ameise“ berichteten, haben inzwischen stattgefunden. Zu denselben waren die Betriebsleiter und sämtliche Vertrauenspersonen der Arbeiterschaft erschienen. Die Verhandlungen leitete der Gauleiter des Porzellanarbeiterverbandes Martin Hirsch. Es wurde vereinbart: 1. Tägliche achtstündige Arbeitszeit ab 1. Dezember. 2. Ein vollständiger Lohnausgleich für Ford- und Stundenlöhner durch prozentuale Zuschläge. 3. Eine weitere zehnprozentige Lohnzulage. 4. Wöchentliche feuchte und gründliche Reinigung der Arbeitsräume. Außerdem wurden noch verschiedene Angelegenheiten geringerer Bedeutung beraten bzw. vereinbart. Die so geschaffenen neuen Arbeitsverhältnisse werden von beiden Seiten als ein Provisorium betrachtet bis zu einer Regelung zwischen dem Porzellanarbeiterverband und der Unternehmerorganisation für das ganze Reich, wozu die Unternehmer sofort bereit sind. Inzwischen soll von beiden Seiten darauf hingewirkt werden, daß die getroffenen Vereinbarungen auch von allen übrigen schlesischen Porzellanfabriken anerkannt und durchgeführt werden. Vom Porzellanarbeiterverband werden anfangs nächster Woche Betriebsversammlungen einberufen, in denen die Arbeiterschaft zu dem Verhandlungsergebnis Stellung nehmen wird und alle Einzelheiten bekanntgegeben werden. Der weitaus größte Teil aller Unorganisierten hat sich schon dem Porzellanarbeiterverband angeschlossen.

Zur Beachtung für die Zahlstellenverwaltungen.

Kollegen! Vergesst nicht über die Vorkommnisse in den Zahlstellen, Erfolge der Agitationsarbeit, Stellungnahme der Unternehmer zu den eingereichten Forderungen u. auch an die Redaktion eures Organs, „Die Ameise“ zu berichten. Die Redaktion.

Kollegen! Macht die heimkehrenden Feldgrauen aufmerksam, daß sie sich zwecks Wahrung ihrer alten Rechte sofort beim Zahlstellenassistenten melden sollen. Das Verbandsbureau.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Kronach. Achtung! Die Mitglieder der Zahlstelle werden dringend ersucht, am Samstag, den 7. Dezember, sofort nach Schluß der Arbeit, pünktlich und vollzählig zur Generalversammlung zu erscheinen. Keiner darf fehlen.

Radeburg. Sonnabend, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, bei Harnaf, Schmiedstr. 58. Verwaltungswahl.

Liepenhart. Sonnabend, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, in der Branerei.

Berlin. Sonnabend, 14. Dezember, pünktlich abends 8 Uhr, Zahlstellenversammlung. Unsere Lohnbewegung. Bericht und Stellungnahme zu derselben. Keiner darf fehlen.

Suhl. Sonntag, 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in „Dombergs Ansicht“.

Sterbetafel.

Schönwald. Marie Hartl, Buzerin, geboren am 26. August 1885 in Hejlsbad (Böhmen), gestorben am 11. November an der Grippe. Mitglied seit 1917.

— Jda Weller, Formerin, geboren am 27. Mai 1893 in Schönwald, gestorben am 11. November an der Grippe. Mitglied seit 1917.

— Marie Eberl, Zellerformerin, geboren am 15. Februar 1889 in Martinsau, gestorben am 10. November an der Grippe. Mitglied seit 1917.

— Franz Brodtek, Dreher, geboren am 23. Juni 1874 in Obodan (Böhmen), gestorben am 17. November an Lungenleiden. Mitglied seit 1917.

— Fette Wölfel, Glaser, geboren am 17. Juni 1885 in Schönwald, gestorben am 21. November an der Grippe. Mitglied seit 1917.

Potschappel. Arthur Schatz, Formenmodellier, geboren am 30. Oktober 1896 in Potschappel bei Radeburg, gestorben am 20. November an Lungenleiden. Mitglied seit 1916.

Krausitz. Fräulein Eug. W. Witzel, Buzerin, geboren am 4. Dezember 1893 in Scherzhitz, gestorben am 14. November an der Grippe. Mitglied seit 1917.

— Frida Köhring, Einwicklerin, geboren am 24. August 1882 in Krausitz b. Sbg., gestorben am 27. Oktober an der Grippe. Mitglied seit 1917.

Ehre ihrem Andenken!

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Arno Grüner, Maler, geboren am 26. Januar 1892 in Tripitz, gestorben am 7. November 1918 im Militärlazarett zu Antwerpen an Grippe und Lungenentzündung. Mitglied der Zahlstelle Grünhain.

August Bendig, Maler, geboren am 25. November 1890 in Borhelm, gestorben im Oktober 1918 in einem Feldlazarett im Osten an der Grippe. Mitglied der Zahlstelle Ahlen.

Richard Döring, Maler, geboren am 12. Februar 1887 in Coichütz, gefallen im Oktober 1918 im Westen. Mitglied der Zahlstelle Potschappel.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Zu möglichst sofortigem Eintritt werden gesucht:

2 Dreher für Flachgeschirre, 2 Dreher für Hohlgeschirre, 1 Freidreher für elektrotechnische Artikel, 1 erster Stanzer, 1 jüngerer Stanzer, 1 Formgießer, 1 Rapseldreher, 1 Massemüller, 1 Glühbrenner, 1 Glattbrenner, 2 Brennhausarbeiter, 1 Schmelzer.

Rheinische Porzellanfabrik, G. m. b. H. Mannheim-Käfertal.

Königszell.

Die erkrankten Mitglieder unserer Zahlstelle werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Krankengeldauschuß wöchentlich, und zwar Sonntags in der Zeit von 10—11 Uhr vormittags zur Auszahlung gelangt. Bitte dies zu beachten. Oswald Bogt, Kassierer.

Kollegen, welche sich einen dauernden, gutlohnenden Nebenverdienst verschaffen wollen, senden ihre Adresse, unter Beifügung von 1 M. für Zusendung von Mustern, an

F. Petermann,

Leltow bei Berlin, Gabelstr. 2.

Wir suchen zum sofortigen Antritt:

**2 Einbreher auf Kochgeschirre
1 Freidreher**

sowie

mehrere Radelmacher

auf Altdeutsch und Simszeug, für dauernde Stellung bei hohem Lohn. Gefl. Angebote an F. M. Hösch, Ofen- und Lantwarenfabrik, Strehla an der Elbe.

Zum sofortigen Antritt wird je ein tüchtiger

Gipsgießer und Figurist

gesucht.

Bewerber finden angenehme und dauernde Stellung. Angebote mit Lohnansprüchen an Heinrich Wukhoffs Erben, Figurenfabrik, Breslau II, Neue Taschenstraße 1 b.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung

Oskar Rottmann, Stadtilm.

**Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere
Pinself, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen**
überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen kauft
Max Haupt, Dresden-A., Böhmisches-Platz 17.

Goldflaschen, alle goldhaltigen Malrückstände

kauft bei jähneler, reeller Bedienung höchstzahlend. Für 5- und 10-Gramm-Flaschen mit Stöpsel zahle 4 Pf. pro Stück.

H. Langhammer, Wilsau bei Zwida, Sa.

**Alle Malrückstände, Goldflaschen,
goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel usw.**
kauft zu höchsten Preisen
Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32,
Schnelle, reelle Bedienung

Verantw. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Verlag: Wilhelm Gerden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.